Einreicher:

Gerlach, Hans-Otto, Dr.

Anfrage

an Landrätin

an Vorsitzenden

öffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Kreistag Uckermark

Datum:

17.06.2020

Inhalt:

Umsetzung der Brandenburgischen kommunalen Notlagenverordnung – BbgKomNotV im Landkreis Uckermark

Fragestellung:

Wie ist der unvermeidbare Bedarf an Gremiensitzungen in der Zeit bis Ende Juni 2020?

Plant die Verwaltung Sitzungen, weil sie im Terminplan (BR/131/2019) aufgeführt sind?

Ist die Durchführung von Gremiensitzungen nach der Verordnung auch als Video- oder Audiositzung gewährleistet?

Inwieweit plant die Verwaltung, vom schriftlichen Umlaufverfahren Gebrauch zu machen?

Im Falle einer Präsenzsitzung:

Sind die Teilnehmer (§31 BbgKVerf) gegen Infektionsrisiken durch das Corona-Virus (SARS-CoV-2) während der Sitzung bzw. ihres Aufenthalts auf dem Gelände der Kreisverwaltung zuverlässig geschützt? Wie? Besteht ein Restrisiko?

Falls Abgeordnete wegen einer Infektionsgefahr durch Teilnahme an einer Präsenzsitzung eines Gremiums, dem sie angehören, der Sitzung fernbleiben:

Wie steht das im Verhältnis zur Teilnahmepflicht (z.B. nach § 31 BbgKVerf)? Bemüht sich die Verwaltung, solche möglichen Konflikte zu vermeiden, indem sie die Instrumente der Notverordnung vorhält?

Regelmäßig nehmen Beschäftigte des Landkreises an Gremiensitzungen als Präsenzsitzung teil, z.B. wegen § 29 oder § 53 BbgKVerf. Wenn diese dabei eine Infektion durch das Virus erleiden: Ist dies eine Erkrankung oder ein Arbeitsunfall? Im letzteren Falle: Welche besonderen Maßnahmen ergreift die Landrätin als Arbeitgeber zum Schutze ihrer Mitarbeiter*Innen und wer überwacht dieses? Ist es ein Verstoß gegen Dienstpflichten, wenn sich Mitarbeiter*Innen wegen Infektionsgefahr einer Teilnahme an einer Präsenzsitzung entziehen?

Begründung:

Zu den Eindämmungsmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie gehört es, dass verzichtbare Kontakte der Menschen untereinander vermieden werden, was im Falle der Sitzungen bedeuten würde, dass nur unverzichtbare Sitzungen durchgeführt werden und wenn, in einer Form wie Video-oder Audiositzungen. Der Gesetzgeber hat zur Vermeidung von Konfliktsituationen, wie sie im Falle einer Präsenzsitzung auftreten, das Gesetz BbgKomNotG bzw. die Verordnung BbgKomNotV geschaffen. Um dies umzusetzen braucht es die Unterstützung der Landrätin und natürlich derer der Vorsitzenden eines Gremiums.

Nicht zuletzt möchte ich auf den Aufruf der Landrätin verweisen: Helfen Sie, Leben zu retten! Bleiben Sie zu Hause!

gez. Dr. Hans-Otto Gerlach

Unterschrift

24.04.2020

Datum